

Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verantwortl.
Gedr. Ampt, Dresden
und Cöchl. Staatsamt

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis einschließlich Beleggeld mit den wöchentlichen Beilagen
"Nach der Arbeit" und "Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10.
Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 29 mm breite Nonpareilzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtsige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietzeile
40 Proz. Rabatt. Für Briefübertragung 10 Pf.

Nr. 120

Dresden, Dienstag den 26. Mai 1925

36. Jahrg.

Gegen die bayerische Schandjustiz Erfolgreicher sozialdemokratischer Vorstoß im Reichstage

Aus dem Reichstage wird uns berichtet.
Die Montagsführung des Reichstages wird mit einem sozialdemokratischen Vorstoß gegen die bayerische Schandjustiz angefaßt. Seit einiger Zeit sind die bayerischen "Volksgerichte", die sich mehr und mehr zu einer ungeheuerlichen politischen Rechtsprechung entwickelt hatten, abgelehnt. Es sind aber noch viele von ihnen gerichtet, deren Schand sehr gewaltig, in den Gefängnissen andere sind mit Verdrüßlichkeit entlassen. Eine Wiederaufnahme des Verfahrens gegenüber Urteilen der bayerischen "Volksgerichte" gab es bisher nicht. Die Sozialdemokratie hat die Einführung des Wiederaufnahmeverfahrens beantragt, um etwa unschuldig Verurteilten die Möglichkeit zur Wiedererlangung ihrer Freiheit und zur Wiederherstellung ihrer Ehre zu verschaffen. Im Rechtsausschuß des Reichstages führte unter Vorstoß von einem Erfolge. Der Montagsführung des Reichstages lag ein entsprechender Gesetzentwurf als Antrag des Reichstages vor. Im Plenum wurde lebhaft für und wider diesen Gesetzentwurf gestritten. Unser Genosse Saenger trat mit reichem Material für die Annahme des Gesetzentwurfes ein. Der deutschnationale Abgeordnete Rohmann, der Wirtschaftsparteiler Damppe und ein bayerischer Volksparteiler bekämpften den Gesetzentwurf, weil er in die bayerische Souveränität eingreife. Das gleiche Argument machte der bayerische Regierungsvertreter geltend. Der Deutsche Volksparteiler Kahl trat für die Annahme des Gesetzentwurfes ein und erklärte ausdrücklich, daß sein juristisches Gewissen ihn dazu zwinge; das Rechtsverständnis müsse über die Politik gestellt werden. Allerdings könne er nur für einen Teil des Gesetzes sprechen. Bei der Abstimmung zeigte sich, daß der größte Teil des Zentrums gegen den Gesetzentwurf stimmte, obwohl die Vertreter der Zentrumspartei im Ausschuß für den Gesetzentwurf ihre Stimme abgegeben hatten. Im Himmelsprung wurde der Gesetzentwurf mit 148 gegen 126 Stimmen angenommen, und auch in der sofort vorgenommenen dritten Lesung erfolgte die Annahme des Gesetzentwurfes. Für das Gesetz stimmten die Kommunisten, die Sozialdemokraten, die Demokraten und ein kleiner Teil des Zentrums, dagegen die Deutschnationalen, die Deutschnationalen, die Bayerische Volkspartei, die Deutsche Volkspartei mit Ausnahme des Abg. Dr. Kahl und der größte Teil des Zentrums. Die Annahme war möglich, weil die Rechte des Hauses nur sehr schwach liegt war. Da es sich um einen Initiativgesetzentwurf und dem Hause obliegt, wird das Gesetz zunächst an den Reichstag gehen, wo es zweifelhaft ist, ob es angenommen wird. — Nächste Sitzung: Dienstag. Tagesordnung: Deutsch-spanischer Handelsvertrag.

Fritz Herbert †

Wiederum hat die Partei einen herben Verlust zu beklagen. Genosse Fritz Herbert in Steftin ist einem Schlaganfall erlegen. Der Verstorbenen war einer der besten bewährten Kämpfer, der insbesondere für die Ausbreitung und Erklarung des Sozialismus im Osten, im agrarischen Raum in unermeßlich hohem Maße und sich dabei reiche Erfolge erwarb. Herbert war von Beruf Schriftsteller, stammte aus Arien bei Sangerhausen, wo er 1860 geboren wurde. In Steftin wurde er zeitig selbst, gründete eine Druckerei, die unter Parteiblatz Volksbote herausbrachte und für Kommunisten die Zentrale für Aufklärungschriften wurde. Schon 1893 wurde Herbert in den Reichstag gewählt, wo er bis 1906 seinen Mann stellte. Besonders im Kampfe gegen Jollanda und Junkerherrschaft hat er sich hervorgetan. Bis 1903 und seit 1911 war er auch Redakteur des Volksboten. 1919 landeten ihn die Steftiner Genossen in den preussischen Landtag, in dem er bis zu seinem Tode wirkte. Herbert war ein selbstloser, starrer Kämpfer, der sich für nobelige Erfolge im Aufstiege der Arbeiterklasse einsetzte und auch besonders das Genossenschaftswesen förderte. Die Partei verlor in ihm einen wertvollen Pionier, das Proletariat vommerns einen zuverlässigen Freund und Führer. Die Sozialdemokratie wird das Andenken an den Verstorbenen in Ehren halten.

Amundsen noch nicht zurückgekehrt

SPD. New York, 25. Mai. (Sig. Draht.) Montag früh meldet ein Funkpruch von den beiden Begleiterschiffen der Amundsen-Expedition, daß keine Spur von dem Forscher anzufinden sei. Die Besatzung nimmt an, daß die Flinger eine Anlandung auf Alaska wegen des Sturmes und des Nebels vorgenommen haben.
Oslo, 26. Mai. Norges Handels-Og-Sjofartstidende meldete gestern nachmittags aus Spitzbergen: Das arktische Gebiet wird von einem Sturm bedroht, der Amundsen zur sofortigen Rückkehr zwingen wird, falls er dazu imstande ist. Für heute rechnet man mit Schnee und Nebel. — Die Morgenpost berichtet aus Oslo, daß entgegen den allgemeinen Besorgnissen Hansen sich dahin geäußert habe, daß nicht der geringste Grund zu Besorgnissen vorliege. Eine Verfassung von einigen Tagen habe gar nichts zu bedeuten, da viel Unvorhergesehenes eintreten könne. Auch der Chef des dänischen Flugwesens, Oberst Koch, ein erfahrener Polarforscher, glaubt nicht, daß Grund zu Besorgnissen vorliege.

Das Berliner Tageblatt erzählt von der Direction der Danziger Werft, nach deren Rügen die beiden Ueberschiffe Amundsen nicht sind, es erscheine unwahrscheinlich, daß den beiden Flugzeugen etwas zugefallen sei. Die Motoren seien gründlich ausprobiert, Kältemittel und Öl durch Vermischung gegen Entzünden gesichert. Wäre einem Flugzeug ein Unfall zugefallen, so wäre der gesamte Apparat verabredungsgemäß nach Spitzbergen zurückgeführt. Amundsen habe vielleicht nochmals landen, wieder starten und längere Flugmärsche machen müssen, bis er den Pol erreicht hätte. Die jetzigen Verhältnisse, die bei Nebel überhaupt unmöglich sei, wenn fast einen ganzen Tag in Anzügen. Das ganze Unternehmen könne erst in einer Reihe von Tagen zu Ende gebracht werden.

Das Ringen um die Gemeindeverfassung

Eine Nacht- und Dauerführung des Landtages — Die Verschlechterung der Gemeindeordnung in zweiter Lesung beschlossen

In der Schlussabstimmung der zweiten Lesung wurde die Novelle zur Gemeindeordnung im Landtag mit 62 Stimmen der Koalitionsparteien und der Deutschnationalen gegen 24 Stimmen der sozialistischen Minderheit und der Kommunisten angenommen.

Wiederum schon hat der Landtag Nachtstunden erlebt, so im Sommer 1923, als Gemeindeordnung und Steuerrecht in Beratung standen. Aber mit der Sitzung, die Montag mittag begann, hat er wohl einen Rekord erreicht, denn in dem Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, heute Dienstag, früh 11 Uhr, dauert die Sitzung noch an, die nur gestern mittag zur Behandlung einer Geschäftsordnungsfrage durch die Fraktionen für eine halbe Stunde unterbrochen wurde. Den ganzen Montag nachmittag und die Nacht hindurch wurde ununterbrochen getagt.

Die Beratung der Gemeindeordnungs-novelle erlebte in dieser Dauerführung ihren vorletzten Schlußakt. Leider hat sich trotz aller Mahnungen und Warnungen die Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion nicht davon abbringen lassen, auf der Durchschiebung der Gemeindeordnungs-novelle zu bestehen. Es ist begreiflich, daß die Minderheit der Fraktion, die von den Kommunisten unterstützt wurde, alle geschäftsordnungs-mäßigen Mittel in Anwendung brachte, um ihren Widerstand gegen die Gemeindeordnungs-novelle zu unterstreichen. Ganz erfolglos ist der Kampf der Minderheit gegen die Novelle nicht geblieben. Es sind eine große Anzahl Anträge der Genossen der Minderheit im Ausschuss angenommen worden. Eine Verbesserung gegenüber dem ersten Entwurf ist auch insofern in der Vorlage enthalten, daß jetzt im beschränkten Maße der Bürger-schaftsentscheid wieder eingeführt worden ist, allerdings nur über Angelegenheiten, die einer ortsgeschiedenen Regelung bedürfen. Sehr wichtige Angelegenheiten der Gemeinde bleiben auch bei der jetzt geplanten Regelung der Abstimmung der Bürger-schaft entzogen. Es bleibt aber in der Vorlage vor allem bei der teilweisen Wiederherstellung des Zweikammernsystems in den Städten, in denen der Gemeinderat kollegial zusammengesetzt ist, ändert an dem Wesen der Dinge nichts. Im ganzen bleibt es dabei, daß die Vorlage gegenüber dem bisherigen Zustand eine wesentliche Verschlechterung bedeutet. Bei den Mehrheitsparteien bestand ursprünglich offenbar der Plan, einer wirksamen Obstruktion vorzubeugen, indem die Vorlage in einer Beratung und

in einer einzigen Abstimmung erledigt werden sollte. Dagegen erhob natürlich die Minderheit den schärfsten Widerpruch und die Mehrheitsparteien mußten sich davon überzeugen, daß ein derartiges Verfahren in zu argem Widerspruch zum Wortlaut und Sinn der Geschäftsordnung steht. Es wurde allerdings beschlossen, erst die Beratung über die einzelnen Titel der Vorlage und die vorliegenden Anträge zu erledigen und dann erst die Abstimmungen hintereinander vorzunehmen.

Nachdem die Vorlage gestern nachmittag und die Nacht hindurch in dieser Weise behandelt worden war, wurde heute Dienstag früh beschloffen, die noch restlichen Punkte der Vorlage einfach zu einer Beratung zusammenzuliegen. Die Geschäftsordnung läßt zwar zu, daß die einzelnen Punkte einer Vorlage zu einer Beratung und einer Abstimmung zusammengefaßt werden können, aber eine Zusammenfassung eines so großen Teiles der Vorlage entspricht zum mindesten nicht dem Sinn und Zweck der Geschäftsordnung. Zur Zeit wird darüber gestritten, ob bei den Abstimmungen nur 9 oder 10 Gruppen gebildet werden oder ob über jede einzelne Ziffer und über jeden einzelnen Antrag besonders abgestimmt werden soll. Es liegt der Antrag vor, über die einzelnen Punkte der Vorlage und über alle dazu gestellten Anträge in namentlicher Abstimmung abzustimmen. Zweifellos bedeutet die Zusammenfassung der Anträge in Gruppen eine Ver-gewaltigung der Abgeordneten, denen es nicht möglich ist, bei der Abstimmung über die einzelnen Anträge und Ziffern der Vorlage ihre Leberzeugung zum Ausdruck zu bringen. Die Mehrheit des Landtages ist aber trotz des Widerpruchs der Minderheit fest entschlossen, die Zusammenfassung vorzunehmen. Mütter hat sogar noch eine weitere Vereinfachung der Abstimmung vorgeschlagen. Ein sehr richtiges Beginnen. Bei dem starken Widerstand, den die Gemeindeordnungs-novelle im Lande findet, würde die Landtagsmehrheit klug handeln, wenn sie sich nicht dem Vorwurf aussetzte, daß sie sich eines derartigen Gewalts treibe, zur Durchschiebung der Novelle bedient habe. Wenn der Mehrheit die Novelle so wichtig ist, so könnte sie wirklich auch noch die paar Stunden aufwenden, die notwendig wären, um die namentliche Abstimmung über die einzelnen Anträge und Paragraphen der Vorlage vorzunehmen. Bei der Beratung kam es im Laufe der Nacht wiederholt zu stürmischen Szenen.

Die Nachsichtigung

(Den Bericht über die Montagsführung siehe Seite 5)
Die Spezialberatung wurde in schließendem Tempo die ganze Nacht hindurch fortgesetzt.

Genosse Rehrig bekämpfte insbesondere die Bestimmung, daß das Ministerium des Innern nach Anhörung der Gemeinderäte allgemeine Richtlinien für die Aufnahme von Bürger-schaften erlassen kann.

Abg. Wehke (soz. Fraktionmehrheit) ist der Auffassung, daß jetzt lediglich der Wille der sozialdemokratischen Fraktion vom Jahre 1923 maßgebend wird. Schon damals sei man von der Notwendigkeit einer Abänderung verschiedener Bestimmungen überzeugt gewesen. Die Staatsaufsicht stehe nicht im Gegensatz zur Demokratie.

Gegen 10 Uhr abends brachte Genosse Rehrig einen Antrag ein, die Sitzung abzugeben.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Der Deutschnationale Kautz verlangte die Einfügung einer Bestimmung in § 24, daß die Wahlberechtigung von einem mindestens einjährigen Aufenthalt in der Gemeinde abhängig ist. Genosse Schwarz wandte sich gegen diesen Antrag und war auch dafür, daß kein Unterschied zwischen aktivem und passivem Wahlrecht gemacht wird.

Nach 11 Uhr abends stellte Genosse Liebmann erneut einen Ver-lagungsantrag.

Auch dieser Ver-lagungsantrag wurde abgelehnt.

Die Aussprache geht weiter. Nachdem die Kommunisten Stammblich und Dr. Schminke gesprochen haben, ergreift

Genosse Liebmann

zu einer scharfen Mitteilung mit der Regierung und den 23 das Wort. Er weist zunächst darauf hin, daß die Bürgerlichen eine Verteidigung der Vorlage gar nicht nötig haben (Derz Plücher ruft sich in einem Anruf aus dem Saal: "Nicht!"). Da dies in außergewöhnlicher Weise von Herrn Wehke bestritten wurde, hat er heute bei seinen abfälligen Bemerkungen über die Entzerrungsbedingungen der sozialistischen Gemeinderäte nicht zu bedenken, daß es dieselben Parteigenossen sind, denen er sein Mandat verdankt. Liebmann sagt, er werde noch darauf zurückkommen, wie es kommt, daß Wehke so wahllos abgelehnt worden ist. Mit der Forderung des § 25 solle die Errungenschaft der Revolution, das allgemeine, gleiche Wahlrecht, in ihren Grundfesten erschüttert werden. Hier haben wir es mit dem härtesten Angriff der Reaktion auf die politischen Rechte des Volkes zu tun. Und diese Bestimmung ist von Seiten eingebracht worden, die als Sozialdemokraten gewährt worden sind und denen wir die Zustimmung gegeben haben mit der

Einbringung eines Mißtrauensantrages gegen den sozialdemokratischen Innenminister.

Den jahrzehntelangen Bestrebungen der Sozialdemokratie wird hier in scharfer Weise ins Gesicht geschlagen. Das nicht diesen Leuten das sozialdemokratische Gemeindeprogramm, wenn drüben auf der rechten Seite die Kommandeure sitzen, die das ganze Haus aufzuregen zu lassen drohen, wenn sie sich nicht fügen. Ehe man es so weit kommen läßt, schlägt man aber alle Bedingungen. Warum nimmt man sich gerade die schlechte Gesellschaft anderer Länder zum Vorbild? Hätte man sich das sozialdemokratische Gemeindeprogramm zur Hand genommen, dann hätte man sich davon überzeugen müssen, daß es bei einer Änderung der Gemeindeordnung darauf ankommen mußte, die Einführung vorwärts zu treiben. Wir haben selbstverständlich alle Hoffnung aufgegeben, die 23 zu befehlen. Doch um die Reaktion auszuweichen, um sich die Ministerposten und Abgeordnetensitze auch weiter zu sichern, geht man mit der bürgerlichen Reaktion durch die dumm.

Wir wollen aber feststellen, daß im Lande draußen tiefe Empörung herrscht über diese Art von Arbeitervertretern, die bereit sind, in jahrzehntelangen Kämpfen erzwungene Rechte der Arbeiterschaft in dieser Weise zu verraten.

Im § 25 haben wir den Kern der Vorlage. Es wird das Gemeindebürgerrecht verabschiedet und der Gemeindevorstand über den Gemeinderat gestellt. Das, was durch die Revolution überwunden war, soll jetzt seine Aufrichtung erleben! Und dafür trägt der sozialdemokratische Innenminister die Verantwortung! Liebmann schließt mit der Bemerkung, daß man wohl sehr genau wissen sollte, daß sich manche von den 23 in der heutigen Situation nicht wohl fühlen, daß sie aber — obwohl es noch dazu Zeit wäre — nicht den Mut aufzubringen vermögen, sich von der Politik des Verrats des sozialdemokratischen Gemeindeprogramms freizumachen.

An dem Tage, an dem Sie (zur Mehrheit) dieses Schand-gesetz beschließen, beginnt für uns der Kampf um die ger-rückten Rechte des Volkes! (Pravol b. d. Linksozialisten.)

Abg. Reuner (Komm.) bringt nachts 12½ Uhr wieder einen Ver-lagungsantrag ein.

Der Ver-lagungsantrag Reuner wird abgelehnt. (Lachen bei den Bürgerlichen.)

Die Debatte geht also weiter.
Abg. Wehke (soz. Fraktionmehrheit) verteidigt in längerer Ausführung die Haltung der 23. Schon bei der Beratung der Gemeindeordnung habe ein großer Teil der Fraktion im Gegensatz zu der Auffassung des damaligen Innenministers Liebmann gestanden. Wenn man schon von einem Herrschaftsverhältnis sprechen wolle, so sei an das Herrschaftsverhältnis Liebmann zu den Kommunisten zu erinnern, das zu den Zuständen geführt habe, die wir heute alle bedauern, und das insbesondere auch die trüben Entscheidungen mit dem Einmarsch der Reichswehr in Ostpreußen zeitigt hat. Wenn wir das Gemeindeprogramm von Wehke verlegt haben sollen, so haben die Landesregierungen mit sozialistischer Mehrheit durch die Einführung des Zweikammernsystems und der Rechtsverfassung in viel größerer Weise dagegen verstoßen. (Zuruf der Linksozialisten.) Ob Sie (zum Abg. Liebmann) mich noch als Sozialdemokraten betrachten, ist mir gleich, mir kommt es auf den Artikel der Gesamtpartei an. Ich betrachte Sie als verfechtete Kommunisten. (Zuruf Reuner:) Und wir Sie als verfechteten Nationalen! Eine Parteiherrschaft wie die Ihre hat es fertiggebracht, daß aus der ehemals roten Hochburg Sachsen bei den letzten Präsidentenwahlen eine schwarzweiche Mehrheit geworden ist. (Es kommt hier wieder zu neuen launenden Ausfällen. Lachen.)